

Dirk Löhr

## Ausweg aus der Krise: Neutrale Liquidität

Deutschland befindet sich zu Beginn des Jahres 2003 in einer tiefen Rezession. Die Auftragslage in der Wirtschaft ist rückgängig, die Stimmung pessimistisch. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf 4,6 Millionen hochgeschwollen. Die Bundesregierung, offensichtlich von ihrer Wiederwahl selber überrascht, reagiert hilf- und konzeptionslos. Genauso hilflos sind angesichts der gegenwärtigen Situation die traditionellen wirtschaftspolitischen Rezepturen (Angebots- und Nachfragepolitik). Grund genug, einmal auf »unorthodoxe« Lehrmeinungen und Experimente zu schauen.

Ähnlich ausweglos wie heute stellte sich die Situation während der großen Weltwirtschaftskrise dar. Zu jener Zeit (1932/33) wurde in Wörgl und Marental (Tirol) eine Geldreform durchgeführt, mit unübersehbarem Erfolg. Die Arbeitslosigkeit sank innerhalb weniger Monate um ein Viertel. Die »Insel des Wohlstandes« zog staunende Beobachter wie den bekannten amerikanischen Ökonomen Irving Fisher oder den ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Daladier an.<sup>1</sup> Die Aktion fand im September 1933 ein jähes Ende, als sie – weil gegen das staatliche Münzmonopol verstoßend – vom klerikal-faschistischen Dollfuß-Regime verboten wurde. Ähnliche Experimente wurden auch in Deutschland (Schwanenkirchen) und in den USA (Chicago, St. Paul, Hawarden, Albi und Evanston) durchgeführt; allerdings blieb Wörgl das bekannteste.<sup>2</sup>

### Rolle des Geldes im Wirtschaftskreislauf

Was waren die Besonderheiten des »Geldes von Wörgl«? Der geistige Vater des Wörgler Experimentes war der Geldtheoretiker Silvio Gesell<sup>3</sup>. Dieser sah einen grundlegenden Defekt im heutigen Geldwesen, der aber bislang un bemerkt blieb, zumal er dem Geld von jeher anhaftete. Gesell erkannte: Beim Tausch von Geld

auf der einen Seite und Ware (bzw. Dienstleistungen) auf der anderen Seite treten sich keine gleichwertigen Partner gegenüber. Es handelt sich nicht um einen »gleichen«, »gerechten« Tausch. Geld war und ist der Ware im Normalfall nämlich strukturell überlegen:

Man betrachte sich einen beliebigen Unternehmer, zum Beispiel einen Maschinenbauer. Dieser steht unter Angebotszwang. Macht der Nachfrager »sein Geld nicht locker«, wird unser Maschinenbauer seine Ware nicht los. Seine Maschinen liegen auf Lager (Kosten!), müssen bewacht und gewartet (Kosten!), schließlich als »Ladenhüter« zum Schleuderpreis verkauft werden (Opportunitätskosten!). Auch andere Anbieter erleiden durch zeitabhängige Faktoren wie Schwund, Diebstahl, Modewechsel, Innovationen etc. Verluste, wenn sie ihr Produkt nicht »zeitig« an den Mann bringen. Zudem tragen die Unternehmer durch jeden »verschleppten« Umsatz auch einen Zinsverlust.

Der Geldbesitzer befindet sich hingegen in einer besseren Position: Bleibt er »flüssig« (kein Kauf, keine Investition), verliert er zwar den Zins. Auf der anderen Seite trägt er nicht die Verluste, die durch die genannten zeitabhängigen Faktoren entstehen. Zudem bietet das Vorhalten von Liquidität gerade in Phasen der Unsicherheit die wirksamste individuelle Schutzstrategie. Der Geldbesitzer kann durch die Liquiditätshaltung Verluste vermeiden, die ihm möglicherweise bei einer langfristigen Anlage (Kauf der Maschine unseres Maschinenbauers) drohen, wenn diese (zum Beispiel aufgrund einer drohenden Flaute) unsicher ist. Er hat die Option, zu investieren, wenn sich die Situation zu seinen Gunsten wendet, und anderenfalls zu warten.

Warum und wann sollte man diesen Vorteil der Sicherheit durch Liquidität überhaupt auf-

1 Fritz Schwarz, *Das Experiment von Wörgl*, Bern 1951.

2 G. Senf, *Weder Kapitalismus noch Kommunismus*, Berlin 1990, S. 18.

3 S. Gesell, *Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld*, Lauf bei Nürnberg 1949.

4 D. Löhr, *Die Freiwirtschaftstheorie als Theorie der sozialen Asymmetrie*, *Zeitschrift für Sozialökonomie*, 135. Folge, Dez. 2002, S. 24 ff.

5 S. Gesell, *Die Natürliche Wirtschaftsordnung ...*, a.a.O., S. 313 ff., S. 353 ff.

6 J. M. Keynes, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, 6. Aufl., Berlin 1983, S. 189 ff.

7 S. Gesell, *Die Natürliche Wirtschaftsordnung ...*, a.a.O., S. 317.- Gesell verglich den Straßenblockierer mit den früheren Raubrittern und ihrem Wegezoll.

geben? Dies ist nur dann sinnvoll, wenn eine entsprechend hohe Kompensation für die Aufgabe dieses Vorteils bezahlt wird (vergleichbar mit der Vereinnahmung einer Optionsprämie beim Verkauf einer Kaufoption<sup>4</sup>). Je höher die Unsicherheit, um so höher ist die geforderte Kompensation. Sie wird bei jeder Anlage von Geld (sei es in Sach- oder Geldkapital) eingefordert. Gesell bezeichnete sie als »Urzins«<sup>5</sup>; Keynes, dessen Analyse derjenigen von Gesell weitgehend gleicht (kein anderer Ökonom wird in seinem Hauptwerk so ausführlich wie Gesell zitiert), spricht von der »Liquiditätsprämie«<sup>6</sup>.

Nun ist es denkbar, dass die Marktverhältnisse derart auf den Marktzins drücken, dass die Geld- bzw. Kreditnehmer nicht in der Lage sind, die angesichts der vorhandenen Unsicherheit geforderte Kompensation für die Aufgabe der Liquidität zu entrichten (man denke zum Beispiel an Japan). Dann ist es für den Geldbesitzer rational, zu warten, bis sich die Unsicherheit verringert oder der Marktzinssatz wieder erhöht hat (»Attentismus«): Die Geldbesitzer verzichten auf Investitionen (die Aufgabe von Liquidität) und »parken« das Geld auf kurzfristigen Anlagen.

Die einzelnen Wirtschaftsteilnehmer bringen so ihr Geld in Sicherheit und sind individuell hoch liquide, entziehen aber eben diese Liquidität dem Wirtschaftskreislauf. Die Umlaufgeschwindigkeit insbesondere der kurzfristigen Geldmengenaggregate nimmt rapide ab. Aufgrund des Nachfrageeinbruches bleiben die Anbieter von Waren und Dienstleistungen zunehmend auf ihren Angeboten sitzen. Diese versuchen zwar, ihren Mitarbeiterstamm (in den sie ja auch investiert haben) zu erhalten. Ist die Finanzdecke aufgezehrt, sind Entlassungen aber unausweichlich. Die einzelwirtschaftliche Rationalität der hohen Liquiditätshaltung verwandelt sich gesamtwirtschaftlich gesehen in ein Desaster.

### **Liquiditätsprämie und marktwirtschaftliches Verursacherprinzip: Eine Parabel**

Die Marktwirtschaft funktioniert grundsätzlich nach dem »Verursacherprinzip«, wonach derjenige, der einen positiven Effekt für die Gemeinschaft auslöst, positiv und derjenige, der einen negativen Effekt bewirkt, negativ

sanktioniert wird. Unser Geldwesen stellt insofern einen Fremdkörper im marktwirtschaftlichen System dar, was eine kleine Parabel illustrieren soll:

Der volkswirtschaftliche Kreislauf kann als ein enger, vielbefahrener Verkehrsweg angesehen werden. Dieser muss offen gehalten werden, damit keine »Staus« entstehen. Dies funktioniert aber nur dann, wenn alle Verkehrsteilnehmer in Bewegung bleiben. Für die Anbieter von Waren und Dienstleistungen ist dies selbstverständlich: Sie haben es aufgrund der Natur ihres Angebotes immer eilig zum Ziel, können sich ein »Stehenbleiben« nicht leisten. Anders der Geldbesitzer: Dieser kann, wenn ihm die Verkehrssituation zu unübersichtlich wird (wirtschaftliche Unsicherheit) oder das Ziel der Reise (Rendite) unattraktiv erscheint, einfach stehen bleiben und in zweiter Reihe parken (also »in Liquidität gehen«).

Dann blockiert er ganz legal den Verkehrsweg (den volkswirtschaftlichen Kreislauf); der Verkehrsfluss (Geldumlauf) kommt ins Stocken. Dies gestatten die Verkehrsregeln im Lande Absurdistan, das im Jahre 2003 von einem ausländischen Gast besucht wird. Kaum hat er sich auf die Straße begeben, steht er im Stau. Verursacht ist dieser durch einen Verkehrsteilnehmer (Geldbesitzer), der sein Vehikel einfach abbremst, diesem sodann gemächlich entsteigt und den anderen Verkehrsteilnehmern anzeigt, dass er erst dann wieder Gas zu geben gedenke, wenn diese ihm eine Prämie zu zahlen bereit sind. Seine Forderung von 40 Monetas (die Währung Absurdistans) wird aber von den anderen Verkehrsteilnehmern auf 5 Monetas heruntergehandelt. Sie drohen dem Falschparker nämlich, auf seine Mondforderung mit der Umleitung des Verkehrs auf einen zwar noch engeren, aber eben vorhandenen Umweg (= Wechsel, Schecks etc.) zu reagieren<sup>7</sup>.

Unser ausländischer Besucher regt sich über das Verhalten des Falschparkers auf, worauf die anderen Verkehrsteilnehmer ihn ungläubig anschauen. Ein ebenfalls im Stau befindlicher Verkehrswissenschaftler nimmt unseren ausländischen Gast beiseite und belehrt ihn, dass diese Art zu parken das gute Recht des Vordermanns sei. Schließlich habe man dies hierzulande seit Einführung des Straßenverkehrs schon immer so gehandhabt. Und ab und an geht es ja auch ein wenig voran,

was für die hohe Qualität dieses Arrangements spreche.

Unser ausländischer Gast wendet schüchtern ein, diese Regelung, die den Blockierer für das Unterlassen der Schädigung belohnt, komme ihm nicht nur ungerecht, sondern zudem auch ineffizient vor. Als er dem Verkehrswissenschaftler entgegenhält, man könne sich ja auch überlegen, solche Falschparker mit Negativsanktionen zu versehen, damit sie einen Anreiz zum weiterfahren haben, wird er von diesem mitleidig als »Utopist« abgekanzelt. Der Verkehrswissenschaftler klärt unseren Gast darüber auf, dass er als Experte auf diesem Gebiet schon lange über Verbesserungen nachdenke. Er vertrete die Auffassung, durch Ausbesserung der Straßen, billigeren Sprit etc. könne die Lust des falsch parkenden Verkehrsteilnehmers am Weiterfahren erhöht und das Verkehrssystem noch weiter optimiert werden. Diese »angebotsorientierte Verkehrspolitik« sei mittlerweile der letzte verkehrswissenschaftliche Schrei. Der Gast, von den Ausführungen des Experten immer noch nicht überzeugt, hält ihm entgegen, dass diese »angebotsorientierte Verkehrspolitik« zwar sicher nicht falsch ist, aber das konkrete, vorne liegende Problem auch nicht lösen könne.

Als er schließlich einen Verkehrspolizisten erblickt, schlägt sein anfängliches Hoffen in blankes Entsetzen um, als dieser den im Stau stehenden Verkehrsteilnehmern die Pistole (= Finanzamt) vor die Windschutzscheibe hält und abkassiert. Auf die zaghafte Nachfrage des Gastes nach dem Sinn dieser Aktivität antwortet der Polizist (der sich zuvor freundlich als »John Maynard« vorgestellt hat), wenn die Verkehrsteilnehmer nicht in der Lage seien, dem Falschparker eine entsprechend hohe Kompensation zu geben, die ihn zum Weiterfahren veranlasse, dann müsse dies wohl Vater Staat in die Hand nehmen (»fiskalischer Zins«).

Der Klage einiger Verkehrsteilnehmer (Unternehmer), sie könnten nach dem Abkassieren die bald notwendige Tankfüllung nicht mehr finanzieren und würden daher ebenfalls in einigen Minuten – wider Willen – mit ihrem Fahrzeug liegen bleiben, entgegnet der Polizist: Was in wenigen Minuten geschehe, sei ihm egal – »hier und jetzt« sei ein Problem zu lösen.

Doch der Verkehrspolizist, nicht denkfaul und zudem sozial eingestellt, ersinnt einen Weg, um den Blockierer in Bewegung zu setzen, oh-

ne die anderen Verkehrsteilnehmer zu sehr zu vergraulen: Er drückt dem Falschparker einen staatlichen Schuldschein in die Hand und gibt ihm das Versprechen, die Mittel von den anderen später einzutreiben. Augenblicklich sei die Stimmung nicht nach »Zahlen«. Erfreut setzt sich der Falschparker in Bewegung, bleibt jedoch wieder nach wenigen Metern stehen, um die Hand aufzuhalten. Erneut gibt ihm der Verkehrspolizist einen Schuldschein in die Hand, damit er sich ein wenig weiter fortbewege etc.

Das Beschriebene erscheint absurd, ist dennoch eine Tag für Tag allgemein akzeptierte Selbstverständlichkeit: Der Staat versucht, durch Verschuldungspolitik das »idle money« zu mobilisieren. Der Erfolg ist allerdings höchst unsicher. Nur dann, wenn der Optimismus derart wächst, dass das in die Wirtschaft »gepumpte« Geld wieder ausgegeben wird, kommt der Konjunkturmotor wieder nachhaltig in Schwung. Fällt die fiskalpolitische Maßnahme bei den Wirtschaftsteilnehmern nicht auf fruchtbaren Boden, bleibt der Staat hingegen auf seinem Schuldenberg sitzen, ohne einen wesentlichen Einkommenseffekt erzeugt zu haben. Offenbar handelt es sich hierbei um einen höchst unsicheren – und zudem unintelligenten – Weg, wenn man die Alternative betrachtet: Statt die volkswirtschaftlichen »Falschparker« auf Kosten der geschädigten Verkehrsteilnehmer zu belohnen, wenn sie die Schädigung unterlassen (sich also von ihren Parkplätzen in der zweiten Reihe entfernen und die Verkehrswege wieder freigeben), könnte man sie für den verursachten Schaden negativ sanktionieren. Genau dieser Weg schwebte Gesell mit seinem »Freigeld« vor; er wurde im Experiment von Wörgl (mit einer relativ umständlichen, nicht mehr zeitgemäßen Technik) verwirklicht. Nachfolgend sollen einige gängige Einwände gegen das Gesell'sche Freigeld kurz behandelt werden:

### **Freigeld: Bestrafung der Sparer?**

Dem Geld haften mehrere Funktionen an. Wie jeder Student der Volkswirtschaftslehre im ersten Semester lernt, ist es gleichzeitig Zahlungs-, Rechen-, Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel. Was die Studenten bis zum Ende ihres Studiums nicht lernen, ist, dass es zu Konflikten zwischen der Tausch- und Wertaufbe-

wahrungsmittelfunktion kommen kann. Um eine andere Metapher zu bemühen: Jeder Auto-konstrukteur würde wohl Bedenken anmelden, Gaspedal (Tauschmittelfunktion) und Bremse (Wertaufbewahrungsfunktion) auf ein und das-selbe Pedal (Geld) zu legen, beim Geld sehen wir dies als ganz normal an.

Gesells Idee war es, diese Funktionen zu trennen:

Geld soll vor allem die Tauschmittelfunktion ausfüllen. Der Anreiz hierfür ist eine Geld-umlaufsicherungsgebühr, die diejenigen zu spüren bekommen, die in individuelle Liquidität flüchten und diese damit der Allgemeinheit (dem Geldumlauf) entziehen.

Hingegen soll die Wertaufbewahrungsfunktion durch das (Geld-)Kapital wahrgenommen werden. Diejenigen, die in der ersten Reihe, also auf den dafür vorgesehenen »Park-plätzen parken« (langfristige Kapitalanlagen), sollen (wie heute auch) nicht sanktioniert werden.

Die oft geäußerte Meinung (die nicht der Lektüre des Originals von Gesell entspringen kann), dass die Ersparnisse entwertet werden sollen, ist daher nicht zutreffend.

Nach der Fisher'schen Verkehrsgleichung<sup>8</sup> ist  $M \times U = P \times T$ .  $M$  ist die Geldmenge (verschiedenartige Abgrenzungen sind denkbar),  $U$  die Geldumlaufgeschwindigkeit,  $P$  das Preisniveau und  $T$  das Transaktionsvolumen (dies kann je nach Betrachtung das Volkseinkommen oder das Sozialprodukt sein). Dabei beschreibt die linke Seite die monetären, die rechte Seite die realwirtschaftlichen Bedingungen. Auf der monetären Seite ist die Umlaufgeschwindigkeit der Kontrolle der Zentralbank gänzlich, die Geldmenge (soweit es die »Giralgeldschöpfung« betrifft) teilweise entzogen. Die Gesell'sche Reform möchte gerade diejenigen Einflussgrößen, auf die die Zentralbank heute nicht einwirken kann, verstetigen, um die monetäre Seite (vergleiche auch die Geldumlaufgeschwindigkeit) voll kontrollierbar zu machen. Damit soll auch die Nachfrage auf hohem Niveau eine Verstetigung erfahren, so dass das Produktionspotenzial der Wirtschaft voll ausgelastet ist. Erst unter diesen Voraussetzungen kann die Zentralbank auf Preisniveaustabilität verpflichtet (so die Intention Gesells) und für Schwankungen desselben zur Verantwortung gezogen werden.

## Abschaffung des Zinses, »Negativzins«?

Eine weit verbreitete Meinung ist, Gesell bzw. die Freiwirtschaftslehre wolle »den Zins abschaffen«, zum Beispiel (wie in islamischen Ländern) per Dekret, also über ein Verbot. Eine differenziertere Analyse dessen, was »den« Zins ausmacht, schafft Klarheit. »Der« Zins lässt sich nämlich analytisch in mehrere Bestandteile unterteilen. Einerseits handelt es sich um den »Urzins« bzw. die »Liquiditätsprämie«, die der Geldbesitzer für die Aufgabe des Liquiditätsvorteils fordern kann. Diesen Zinsbestandteil griff Gesell an: Die Umlaufsicherungsgebühr Gesells sollte diesen Vorteil neutralisieren (siehe die vorherige Parabel). Ein anderer Aspekt ist der Zins als Knappheitsindikator. Hierbei handelt es sich um einen sinnvollen marktwirtschaftlichen Mechanismus, der anzeigt, wo Investitionsbedarf besteht und wo nicht. Dieser Mechanismus sollte durch die Gesell'sche Reform keinesfalls angetastet werden.

Vom Ansatzpunkt der Gesell'schen Reform (Neutralisierung nur des Liquiditätsvorteils) müssen allerdings die voraussichtlichen Auswirkungen der Umlaufsicherungsgebühr unterschieden werden: Der Geldbesitzer ist nun nicht mehr in der Lage, ungestraft dem Wirtschaftskreislauf Geld zu entziehen. Selbst in Situationen, in denen heute keine Investition mehr stattfände, weil die Rendite zu gering wäre, würde die Geldumlaufsicherungsgebühr das Geld in langfristige Anlagen bzw. Investitionen treiben.

Die Folge wäre eine permanente Konjunktur. Die Investitionen würden zu einer Vermehrung von Sach- und Geldkapital führen. Da die Knappheit des Kapitals im Laufe der Zeit abnimmt, würde aufgrund der Konkurrenz der Kapitalien der Marktzinssatz sukzessive sinken (inwieweit dies nur für ein Land im Alleingang praktisch möglich wäre, soll hier nicht diskutiert werden). Wo (als Folge neuer Bedürfnisse) neue Knappheit auftaucht, entsteht auch wieder ein positiver Zinssatz, allerdings nur so lange, bis die nachziehende Konkurrenz wieder zu seiner Beseitigung geführt hat. Besagter Prozess findet eine Untergrenze beim Zinssatz von Null (in sei-

8 I. Fisher, *Feste Währung – Illusion und Wirklichkeit*, Heidelberg 1948.

ner Funktion als Knappheitsindikator – dennoch kann noch eine positive Risikoprämie vorhanden sein): Dieser Wert sagt dem Markt, dass weitere (Netto- bzw.) Erweiterungsinvestitionen<sup>9</sup> nicht mehr erforderlich sind, weil der Markt gesättigt ist. Erst, wenn – unvernünftigerweise – trotz der Marktsättigung noch Erweiterungsinvestitionen getätigt würden, ginge der Investor das Risiko eines Negativzinses (also eines Verlustes) ein.

Auch die Funktion des Zinses als Risikoprämie soll durch die Freigeldreform nicht an-

getastet werden. Wiederum sind jedoch die Auswirkungen der Geldreform zu berücksichtigen: Gemäß der modernen Kapitalmarkttheorie wird mit der Risikoprämie v.a. das nicht diversifizierbare, »systematische« Risiko entgolten (»ß-Risiko«)<sup>10</sup>. Dieses hat seine Ursache in Schwankungen der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit. Durch die Verstetigung der Geldumlaufgeschwindigkeit und der Nachfrage sollen jedoch diese Wirtschaftsschwankungen weitestgehend eliminiert werden, was dem entsprechend auch die Risikoprämie stark reduzieren wird.

Keynes hielt den Freigeldgedanken für »gesund«<sup>11</sup>. Es ist Zeit für Wissenschaft und Politik, umzudenken. Dabei sollte der Vorschlag Gesells einer Neutralisierung des Liquiditätsvorteils aufgegriffen werden, der allerdings der zeitgemäßen Durchföhrung bedarf<sup>12</sup>. ■

9 Davon zu unterscheiden sind Ersatzinvestitionen zur Erhaltung des Kapitalstocks, die nach wie vor stattfinden würden.

10 W. F. Sharpe, *Journal of Finance*, Vol. 19, 1964, S. 425-442.

11 J. M. Keynes, *Allgemeine Theorie*, a.a.O., S. 302.

12 Ausführlicher: D. Löhr, J. Jenetzky, *Neutrale Liquidität – Zur Theorie und praktischen Umsetzung*, Frankfurt u.a. 1996.

## (40) Liberales Wörterbuch

## Frieden:

Die heutige Friedensbewegung, wie sie derzeit durch den Irak-Krieg wieder belebt wurde, richtet sich allein darauf, im Verhältnis zwischen den Staaten den allgemeinen Gewaltverzicht durchzusetzen. Doch bedeutet »Frieden« – althochdeutsch »fridu«, das heißt Zusammenleben in Schonung und Freude – sehr viel mehr, nämlich die Abwesenheit von Gewalt im Verhältnis von Personen, gesellschaftlichen Gruppen, Religionen und dann auch Staaten. Ist er überhaupt erreichbar? Die Antwort hängt wesentlich davon ab, wie das Wesen des Menschen beurteilt wird. Ist er überwiegend böse, dann ist ein Gewalthaber nötig, der »Leviathan« des Thomas Hobbes, der Ruhe und Sicherheit erzwingt. Wer mit Rousseau meint, der Mensch sei wesentlich gut, dem widerstrebt das Hobbes'sche Gewaltmonopol, innerstaatlich wie international, weil ihm vorschwebt, Gewalt ganz überflüssig zu machen. Liberale wiederum neigen dazu, im Menschen eine Doppelnatur zu erkennen, aus Gut und Böse gemischt. Sie sprechen ihm ein Maximum an gewaltfreier Selbstbestimmung zu, beharren aber darauf, dass die Rechtsordnung durch möglichst sparsam eingesetzte Gewalt gesichert werden muss. Nur der Staat ist zur Anwendung von solcher Gewalt legitimiert. Wie aber kann international, bei einer Vielzahl von Staaten, der Friede gesichert werden? Schon Immanuel Kant sah in seiner Vision vom ewigen Frieden eine Weltrepublik als nötig an und, weil sie nicht erreichbar sei, zumindest einen Friedensbund der Staaten. Den könnten heute die Vereinten Nationen bilden. Freilich irrte Kant in einem Punkt: er nahm an, demokratische Republiken seien zur Kriegführung ungeeignet, weil das Volk ihr widerstreben werde. Dem ist leider nicht so. Darum bleibt eine die kleinen und großen Staaten übergreifende Weltregierung nötig. Der jüngst gegründete Internationale Strafgerichtshof mag ein erster Schritt auf dem langen Weg dorthin sein. BCW